

Ultimatum an Moskau, Unterstützung für Kiew

SONDERGIPFEL DER EU-STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS ZUR LAGE IN DER UKRAINE AM 6. MÄRZ

Aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine hatte der Präsident des Europäischen Rates kurzfristig für den 6. März einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs anberaumt. Am ersten Teil des Treffens nahm auch der ukrainische Premierminister Arsenij Jazenjuk teil.

Die Themen: die Reaktion auf die russische Intervention auf der Halbinsel Krim sowie die nächsten Schritte zur finanziellen und politischen Stabilisierung der Ukraine.

Gegenüber Moskau einigte sich der Europäische Rat auf ein dreistufiges Vorgehen: 1. Aussetzen der Gespräche zur Visaerleichterung und zum geplanten EU-Russland-Abkommen. 2. Forderung der Aufnahme von Verhandlungen mit Kiew in den kommenden Tagen. Andernfalls drohen Sanktionen (Reisebeschränkungen, Kontensperren) und eine Absage des EU-Russland-Gipfels. 3. Einführung wirtschaftlicher Sanktionen, falls Russland weitere Schritte zur Destabilisierung der Ukraine unternimmt. In der Pressekonferenz bezeichneten mehrere Gipfelteilnehmer die Situation als schwerste außenpolitische Krise seit dem Balkankonflikt.

Darüber hinaus sicherten die Staats- und Regierungschefs der ukrainischen Regierung finanzielle und politische Unterstützung zu. Diese ist allerdings an die Durchführung politischer und wirtschaftlicher Reformen geknüpft.

Hintergrund

Seit knapp zwei Wochen war die aktuelle Situation in der Ukraine nahezu täglich Gegenstand eines Botschafter- oder Ministertreffens von EU oder NATO.

Aufgrund der Eskalation der Lage auf der Halbinsel Krim fand am 3. März ein außerplanmäßiges Treffen der EU-Außenminister in Brüssel statt. Trotz Forderungen einiger Mitgliedstaaten beschlossen die Außenminister noch keine Sanktionen gegen Russland, um die Tür für eine diplomatische Lösung nicht zu verschließen. Gleichwohl kündigten sie mögliche Maßnahmen an, falls Russland nicht zu einer Deeskalation der Lage beitragen würde. Konkret sprach die Erklärung von einer möglichen Aussetzung der Verhandlungen für Visa-Erleichterungen und ein neues EU-Russland-Abkommen sowie mögliche, in den Schlussfolgerungen nicht ausgeführte „gezielte Maßnahmen“. Darüber hinaus bekräftigten die Außenminister ihre Unterstützung der neuen ukrainischen Regierung und stellten ein internationales Hilfspaket in Aussicht. Des Weiteren beschlossen sie die rasche Verhängung von Sanktionen gegenüber Personen, denen Missbrauch von Staatsgeldern oder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Diese traten am 5. März in Kraft und betreffen 18 Personen, darunter den ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch¹. Bemerkenswert: Zwar findet sich im Communiqué nichts zu einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Ukraine, doch die Außenminister bekräftigten, dass das Assoziiere-

¹ Verordnung Nr. 208/2014 des Rates: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:066:0001:0010:EN:PDF>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

7. März 2014

www.kas.de/bruessel

rungsabkommen nicht die letzte Stufe der EU-Ukraine-Beziehungen bedeute.

Nicht zuletzt weil das Außenministertreffen einige Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten offenbarte, beraumte der Präsident des Europäischen Rats, Herman van Rompuy, kurzfristig einen Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs für den 6. März an.

Im Hinblick auf die Entwicklungen der vergangenen Wochen schreiben Beobachter innerhalb der EU den folgenden Politikern eine entscheidende Rolle zu: den Außenministern und Regierungschefs Deutschlands, Polens und Frankreichs, dem EU-Ratspräsidenten sowie der EU-Außenbeauftragten Ashton. Eine enge Abstimmung gab es auch zwischen Brüssel und Washington sowie EU und NATO: So fand am Dienstag, dem 5. März, ein gemeinsames Treffen von NATO- und EU-Botschaftern² statt.

Lage vor dem Gipfel

Die Positionen der Mitgliedstaaten lagen dennoch vor dem Gipfel noch recht weit auseinander. So zeigten sich beispielsweise Großbritannien, Griechenland und Kroatien im Hinblick auf die Verhängung von Sanktionen besonders zurückhaltend. Deutschland, Frankreich und Italien plädierten ebenfalls dafür, die Tür für Verhandlungen so lange wie möglich offen zu halten. Die Bundeskanzlerin machte unmittelbar vor dem Gipfel aber deutlich, dass Sanktionen eine Option seien, sofern es keine diplomatische Lösung gebe. Schweden, Polen, sowie die baltischen Länder hatten bereits beim Außenministertreffen eine deutlich härtere Gangart gefordert. Uneinigkeit gab es u.a. auch darüber, wie rasch das Assoziierungsabkommen mit der neuen ukrainischen Regierung unterzeichnet werden kann.

Ergebnisse des Gipfels

Krim-Krise: Das ursprünglich vorbereitete Statement der Staats- und Regierungschefs wäre hinter der am Montag geäußerten Po-

sition der EU-Außenminister zurückgeblieben. Die aktuellen Ereignisse auf der Krim (Votum des Parlaments der Krim für den Anschluss an Russland, Vorverlegung des Referendums auf den 16. März, erfolglose Gespräche zur Schaffung einer Kontaktgruppe, Blockade der OSZE-Beobachter) verliehen der Debatte über mögliche Sanktionen noch während des Gipfels eine neue Dynamik. Unter dem Eindruck der Entwicklungen aber auch ihrer Gespräche mit dem ukrainischen Premierminister Jazenjuk entschied sich die EU für eine härtere Sprachregelung³ - eine entscheidende Rolle spielten laut Beobachtern die Bundeskanzlerin wie auch der britische Premier David Cameron: Die Staats- und Regierungschefs verurteilten die unprovokierte Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Russland wird dazu aufgerufen, seine Truppen zurückzuziehen und unverzüglich internationale Beobachter auf der Krim zuzulassen. Die Abhaltung eines Referendums auf der Krim wird als unvereinbar mit der ukrainischen Verfassung und damit als illegal abgelehnt. Gleichzeitig bekräftigte die EU ihre Bereitschaft zum Dialog und zur Mitwirkung an der Beilegung der Krise.

Im Hinblick auf mögliche Sanktionen einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf ein dreistufiges Vorgehen:

1. Die EU setzt die Gespräche über Visa-Erleichterung und die Verhandlung eines neuen Abkommens mit Russland mit sofortiger Wirkung aus. Darüber hinaus begrüßen die Staats- und Regierungschefs das Fernbleiben der europäischen Teilnehmer vom G8-Gipfel.
2. Die EU fordert den Beginn von Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Dabei können auch multilaterale Formate eine Rolle spielen. Dies ist ein Hinweis auf die Schaffung einer Kontaktgruppe mit Beteiligung der USA, Deutschlands, Frankreichs, Polens, Großbritanniens und der EU. Diese Verhandlungen müssten in den kommenden Tagen beginnen und rasch Resultate zeigen. Andernfalls wird die EU weitere Maßnahmen verabschieden, wie etwa Ein-

² Auf Seiten der NATO der Nordatlantikat, Im Falle der EU das Politische und Sicherheitspolitische Komitee

³ Erklärung der Staats- und Regierungschefs zur Ukraine:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/141381.pdf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

7. März 2014

www.kas.de/bruessel

reiseverbote oder Kontensperrungen. Van Rompuy wollte sich noch nicht festlegen, ob auch der russische Präsident Vladimir Putin von solchen Maßnahmen betroffen sein könnte. Auch eine Absage des EU-Russland-Gipfels stünde dann im Raum. Der Europäische Auswärtige Dienst soll bereits entsprechende Maßnahmen vorbereiten, damit diese bei ausbleibenden Fortschritten unverzüglich in Kraft treten können.

3. Sollte Russland die Lage in der Ukraine darüber hinaus destabilisieren, kündigen die Staats- und Regierungschefs weit reichende Konsequenzen für die EU-Russland-Beziehungen an. Hiervon wäre dann auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit betroffen

Stabilisierung der Ukraine: Die Staats- und Regierungschefs sandten klare Signale der Unterstützung nach Kiew:

1. Alleine schon die Anwesenheit Jazenjuks beim Gipfel war eine starke Botschaft. Erstmals nahm ein Nicht-EU-Regierungschef an einem Europäischen Ratsgipfel teil. Damit verdeutlichten die Staats- und Regierungschefs, dass sie Jazenjuk als legitimen Regierungschef betrachten.

2. Die EU will schon bald, also noch vor den Wahlen am 25. Mai, die politischen Kapitel des Assoziierungsabkommens unterzeichnen. Premierm

3. Wie erwartet verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs das von der Europäischen Kommission am 5. März vorgestellte Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Stabilität der Ukraine. Das über mehrere Jahre angelegte, insgesamt 11 Milliarden schwere Paket besteht aus den folgenden Komponenten: Drei Milliarden Euro kämen aus dem EU-Budget (davon 1,6 Milliarden an Krediten), weitere drei Milliarden würden als EIB-Kredite fließen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung würde zusätzliche fünf Milliarden bereitstellen. Zudem soll die Ukraine bereits vor dem Inkrafttreten des gesamten Assoziierungsabkommens von den Vorteilen einer umfassenden Freihandelszone profitieren. Weitere Maßnahmen: Beschleunigung der Visaliberalisierung und Unterstützung bei Justiz- und Verfassungsreform.

4. Die Staats- und Regierungschefs stellten der Ukraine Unterstützung bei der Sicherung ihrer Energieversorgung in Aussicht

(Modernisierung der Infrastruktur, Reverse flows).

Gleichzeitig machten die Staats- und Regierungschefs gegenüber Jazenjuk deutlich, dass die Unterstützung auch von der Durchführung struktureller Reformen (Kampf gegen die Korruption, Stärkung von Transparenz) abhängt. Darüber hinaus mahnt die EU die Abhaltung fairer und freier Wahlen, einen inklusiven politischen Prozess, Fortschritte bei der Verfassungsreform, die Untersuchung aller Gewaltakte sowie den Schutz der Rechte nationaler Minderheiten an.

Mit der Forderung nach dem unmittelbaren Beginn von Gesprächen mit Kiew setzte die EU Moskau eine letzte Frist vor der Verhängung von Sanktionen. Nun ist Russland am Zug. Abhängig von den Entwicklungen in den kommenden zwei Wochen könnten die Staats- und Regierungschefs spätestens bei ihrem regulären Märzgipfel am 20./21. März entsprechende Maßnahmen beschließen. Im Falle einer Verschlechterung der Lage schließen Beobachter ein weiteres Treffen in der kommenden Woche nicht aus.

Wichtig: Die Staats- und Regierungschefs betonten nochmals ihren Willen, spätestens im August die Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau und Georgien zu unterzeichnen.

Kommentar

Die unmittelbar nach dem Gipfel zu vernehmende Kritik, die EU habe (zu) leichte Sanktionen beschlossen, greift zu kurz. Letztlich einigte sich die EU auf eine stärkere Position als viele Beobachter im Vorfeld für möglich gehalten hätten.

Die Staats- und Regierungschefs zogen mit dem Aussetzen der Gespräche zur Visaerleichterung und zum EU-Russland-Abkommen erste Konsequenzen und ließen gleichzeitig die Tür für eine Verhandlungslösung offen.

Der Drei-Stufen-Plan setzt Russland ein Ultimatum und zeigt klar die kommenden Schritte auf. Die Glaubwürdigkeit der EU in dieser Krise hängt aber davon ab, ob das angekündigte Vorgehen im Falle einer harten Haltung Russlands auch durchgehalten wird.